

Universitätsstadt Tübingen
Fachabteilung Haushalt
Günthner, Melanie Telefon: 07071 204-1320
Gesch. Z.: /

Vorlage 809a/2022
Datum 28.06.2023

Beschlussvorlage

zur Behandlung im **Gemeinderat**

Betreff:	Haushaltssatzung 2023; Beitrittsbeschluss
Bezug:	809/2022
Anlagen:	Haushaltssatzung 2023; Beitrittsbeschluss

Beschlussantrag:

Die Änderung der am 30.03.2023 beschlossenen Haushaltssatzung der Universitätsstadt Tübingen für das Haushaltsjahr 2023 wird nach § 79 der Gemeindeordnung von Baden-Württemberg (GemO) gemäß der Anlage beschlossen. Es wird damit dem Haushaltserlass des Regierungspräsidiums vom 27.06.2023 beigetreten.

Begründung:

Der Gemeinderat hat am 30.03.2023 den Haushaltsplan 2023 verabschiedet. Dieser wurde dem Regierungspräsidium am 21.04.2023 zur Genehmigung vorgelegt. Unter Heranziehen der Prämissen zur Beurteilung der dauerhaften Leistungsfähigkeit sieht das Regierungspräsidium diese unter Beachtung der anstehenden hohen Investitionen (u. a. noch nicht enthaltene 2. Stufe der Regional-Stadtbahn) und den damit verbundenen hohen Darlehensaufnahmen als gefährdet.

Um die dauerhafte Leistungsfähigkeit weiterhin zu gewährleisten, empfiehlt das Regierungspräsidium daher, die Investitionen zu priorisieren und zeitlich zu strecken. Aufgrund dessen fand ein Abstimmungsgespräch zwischen Verwaltung und Vertretern des Regierungspräsidiums statt, mit dem Ergebnis, dass der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen von 88.432.520 Euro auf 48.000.000 Euro gesenkt wird.

Die hohen veranschlagten Verpflichtungsermächtigungen resultieren unter anderem aus der bisher langen Interimszeit, in der bereits genehmigte Verpflichtungsermächtigungen des Vorjahres weiter genutzt werden können. Der Haushaltsplan 2024 soll nun rund 2 Monate früher verabschiedet werden. Im Weiteren wurden in den vergangenen Jahren die Verpflichtungsermächtigungen bei

Weitem nicht in veranschlagter Höhe in Anspruch genommen. Somit ist diese Kürzung auch aus Sicht der Verwaltung gut vertretbar.

Durch entsprechende Maßnahmen der Verwaltung ist jedoch sicherzustellen, dass der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen nicht überschritten wird. Eine Anpassung der Einzelbeträge ist nach Abstimmung mit dem Regierungspräsidium nicht erforderlich.